

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
= Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 60 =

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Persönliches Interesse und Idealismus in der Gewerkschaftsbewegung

II.

In unserem vorigen Artikel haben wir darzulegen versucht, daß in der Gewerkschaftsbewegung das Selbstinteresse eine große Bedeutung hat. Nichts wäre jedoch nun falscher, als wenn jemand glauben wollte, andere Kräfte seien zur Erhaltung unserer Gewerkschaften nicht notwendig. Verfolgen wir den Gedanken konsequent, daß in der Gewerkschaft nur jeder so viel Opfer bringen soll, als zur Wahrung seiner persönlichen Interessen erforderlich ist, dann werden wir bald einsehen, daß unter solchen Umständen Arbeiterorganisationen überhaupt nicht möglich sind.

In jeder Gewerkschaft muß eine große Summe von Arbeiten geleistet werden. Wir brauchen Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute. Jede größere Mitgliederzahl verlangt eine Arbeitsleistung, die nur beruflich geleistet werden kann. Von dieser agitatorischen und geschäftlichen Tätigkeit hängen zunächst alle Erfolge ab. Wenn es die zur Leitung bestellten Vertrauensleute, Vorstandsmitglieder und Angestellte mit ihrer Arbeit nicht ernst nehmen, dann kommt's in den einzelnen Orten gar nicht so weit, daß Lohn und Arbeitsbedingungen verbessert werden können. Denn, erst muß eine Organisation geschaffen werden und dann kann an die Verwirklichung der ihr gesteckten Ziele gedacht werden.

Nun wird aber jeder Vertrauensmann oder überhaupt jeder, der einmal Gelegenheit gehabt hat, sich in der Gewerkschaft zu betätigen, bestätigen, daß es eine aufopferungsvolle Arbeit ist, eine Organisation zustande zu bringen. Der Vertrauensmann kauft sich die Beine müde und erntet noch als Lohn einige grobe Redensarten. Der bestellte Redner hat eine lange Bahnfahrt und einen Weg gemacht, wie dieses ein anderer Mensch vielleicht gar nicht oder doch nur in Notfällen machen würde. Er kommt in die Versammlung und trifft ein paar Kollegen, die selbst klagen, weil die „Andern“ nicht zur Versammlung gekommen sind. Und nun stellen wir uns vor, alle diese Arbeiter sollten vom Standpunkt rein persönlicher Angelegenheiten, oder noch schärfer ausgedrückt, vom Gesichtspunkt des persönlichen Vorteils betrachtet werden. Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, daß keine gewerkschaftliche Organisation imstande ist, ihren Vertrauensleuten und leitenden Kräften alle geleistete Arbeit zu vergüten. Wer sich in der Gewerkschaftsbewegung betätigt, wird häufig auf Vergünstigungen und Annehmlichkeiten verzichten müssen. Noch viel mehr als das ist notwendig. Erfolge werden nur erzielt, wenn wenigstens eine Anzahl Kollegen, die Interessen der Gesamtheit zu ihrer persönlichen Angelegenheit machen. Es bedarf liebevoller Hingabe unter Zurückstellung aller persönlichen Interessen, wenn die Arbeiterchaft emporgehoben werden soll. Hier gewinnt das Wort Bedeutung: „Und setzt du nicht das Leben ein, nie wird dir das Leben gewonnen sein.“ Niemals wäre das erreicht worden, was erreicht wurde, wenn nicht eine Anzahl Menschen selbstlos ihre Kräfte einsetzt hätten. Das gilt auch noch in demselben Umfange für die Zukunft.

Über auch nicht das einzelne Mitglied darf die Gewerkschaft nur vom Standpunkt des persönlichen Nutzens betrachten. Es ist wahr, daß es Fälle gibt, wo der Einzelne, wenn er seine Kollegen und deren Interessen mißachtet, im Augenblick persönliche Vorteile erlangt. Nicht minder ist es eine Tatsache, daß oft erst sich die Erfolge auch in der gewerkschaftlichen Arbeit nach Jahrzehnten einstellen. Manchen stillen, aber dennoch mutigen Kämpfer bedeckt längst die kühle Erde, bis sich die Erfolge zeigen, für die er litt und wirkte. Nur dann kann die Nachkommenschaft auf ein besseres Los rechnen, wenn die Vorfahren die Vorarbeit geleistet haben. Es ist ein gutes Stück Arbeit zum Nutzen anderer Menschen zu leisten. Körperliche und geistige Anstrengungen, Beiträge an Geld und Gesundheit müssen gebracht werden, wenn sich die Gewerkschaftsbewegung kräftig entwickeln und ausbreiten soll.

Diese Ausführungen drängen uns zu der Frage: Lassen sich denn die Menschen überhaupt nur bei ihren Handlungen von ihrem persönlichen Interesse leiten? Das muß entschieden verneint werden. Wir sehen wohl, wie viele Menschen genaue Rechner im Wirtschaftsleben sind. Wer aber der Ansicht ist, daß damit bewiesen wäre, daß bei wirtschaftlichen Vorgängen jeder Mensch seinen eigenen Vorteil wahrnehmen könnte und würde, der müßte als schlecht unterrichtet bezeichnet werden. Unwissenheit auf der einen, Raffiniertheit auf der anderen Seite, vertrauensvolle Ehrlichkeit und an Diebstahl grenzende geschäftliche Gerissenheit verhindern schon die Wahrnehmung persönlicher Interessen in vielen Fällen. Dazu kommt Leichtsin, wirtschaftliche Schwäche und Not und noch manche andere Tatsachen, die dem persönlichen Nutzen hindernd im Wege stehen.

Nun ist freilich in der Philosophie sogar eine Denkrichtung vertreten, die der Ansicht ist, der Mensch könne überhaupt nur aus Selbstinteresse Taten vollbringen. Wir sind nicht berufen, diese Streitfrage zu entscheiden. Auf den Willen zur Tat kommt es zunächst an. Dann aber auf den Effekt, den Erfolg, den die Handlung nach sich zieht. Und da wird niemand leugnen, daß zwischen der Tätigkeit einer Krankenschwester, die vor keinem ansteckenden Fieber und und vor ekelregenden Krankheiten zurückschreckt und einem gewissenlosen Börsenspekulanten, der die Existenz anderer Menschen vernichtet, um der Gewinnjucht willen, wirklich ein großer Unterschied besteht. Zwischen der Mutter, die ihr krankes Kind mit Selbstaufopferung des eigenen Lebens pflegt und einer Halbweltkame, die nur „genießen“ will, ist wirklich eine große Differenz. Und ist es wirklich nur das persönliche Interesse, das den Familienvater Woche für Woche in der harten Treitmühle der Arbeit aushalten läßt? Ist es nicht vielmehr die Liebe und die Sorge um die ihm Anvertrauten?

Es wäre eine traurige Welt, wenn jeder Mensch sich nur von seinem persönlichen Vorteil leiten lassen wollte. Jüngst war in der Presse zu lesen, daß ein berühmter Gelehrter eine Hand bei seiner Forscherarbeit verloren habe. Der Mann setzte sich nun aber nicht zur Ruhe, sondern arbeitete im Pflichtbewußtsein zum Wohle kranker Menschen weiter.

Auf sozialem Gebiet war es im Laufe der Jahrhunderte nicht anders. Immer hat es Personen gegeben, die ihre ganze Kraft für die Besserung der hungernden und unterdrückten Menschen einsetzten, trotzdem sie dadurch nur Un dank und Feindschaft

anderer Kreise ernteten. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts befand sich die englische Arbeiterchaft in großer Not. Frauen- und Kinderarbeit hatte die Arbeit der Männer ersetzt, dabei waren die Löhne bei langer Arbeitszeit äußerst gedrückt. Hätten sich nicht außerhalb der Arbeiterschaft stehende Personen eingesetzt, es wäre schwerlich gelungen, die großen Mißstände zu beseitigen. Selbst Unternehmer sahen ein, daß diese Ausbeutung nicht so weitergehen konnte. Robert Owen, der sich selbst zum Direktor und später zum Fabrikbesitzer herausgearbeitet hatte, wurde zu einem der eifrigsten Apostel der sozialen Reform. In Deutschland ist es genau so gewesen. Noch heute interessieren sich angesehene Männer für die Beseitigung der Mißstände im gewerblichen Leben. Auf dem dritten deutschen Arbeiterkongress in Berlin hat der frühere Staatssekretär Graf Posadowsky eine Rede gehalten am Schluß der Verhandlungen, die beweist, wie hoch dieser Staatsmann über den Kleinlichen Geist der eigenen Klasse erhaben ist. Tief durchdrungen von der Notwendigkeit der Einheit des Volkes sind sich Männer wie Posadowsky bewußt, daß ohne die soziale Reformarbeit der Fortbestand der Nation gefährdet, oder daß sie zum mindesten in schwere innere Kämpfe verwickelt würde. Daß kein Sozialpolitiker den Beifall der einseitigen Vertreter der Klassenherrschaft findet, bedarf keines Beweises. Persönliche Vorteile ernten solche Personen nicht, sondern neben großen Opfern werden sie noch in der schärfsten Weise angefeindet.

Nun bedarf es wohl keines Beweises, daß hinter allen menschlichen Handlungen eine Weltanschauung steht. Bewußt oder unbewußt lassen wir uns immer von gewissen Grundsätzen leiten. Insbesondere, wenn es darauf ankommt, Opfer zu bringen, wird die Weltanschauung von der größten Bedeutung. Kann eine Arbeiterchaft, die, um ein Beispiel zu nehmen, die Weltanschauung vertritt, daß der Sinn und Zweck des Lebens der sei, sich ein angenehmes Leben zu machen, sich „auszuleben“, wohl die großen Opfer bringen, die die Gewerkschaftsarbeit verlangt? Kann eine Arbeiterchaft, die den Egoismus, das Selbstinteresse zum Leitstern ihres Handelns erhebt, auf die Dauer Solidarität üben? Wer das glaubt, verkennt doch die Natur des Menschen. Die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo auch die Sozialdemokratie wieder eine Weltanschauung notwendig hat, die noch Ideale in sich schließt. Die Arbeiterbewegung braucht Arbeitermassen, die Ideale besitzen, die die sittliche Kraft besitzen, ihre eigenen Interessen aus Solidarität gegen andere Kollegen verleugnen zu können. So fordert die Gewerkschaftsbewegung in ihrem eigenen Interesse, daß die religiöse Ueberzeugung jedes Mitgliedes die größte Hochachtung innerhalb der gewerkschaftlichen Tätigkeit genießt. Weil das bei der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung nicht geschieht, brauchen wir christliche Gewerkschaften. Nicht im Zweifel kann man darüber sein, daß die Gewerkschaften nichts gegen die christliche Religion tun dürfen, sondern noch ein großes Interesse daran haben, wenn ihre Mitglieder in ihrer Kirchengemeinschaft zu tiefer Religiosität erzogen werden.

Ansehnliche Erfolge wurden in den letzten Jahrzehnten durch die organisierte Selbsthilfe erreicht. Wir stehen jedoch erst am Anfang. Was bedeuten zwei oder drei Jahrzehnte für die Weltgeschichte! Neue Schwierigkeiten werden sich dem Aufstieg der Ar-

hinzunehmen, sie schelnbar nicht mehr zu sehen und nicht zu beachten.

Mit Gefahren mancher Art ist die Ausübung der Bauarbeit verbunden, mit hohen Unfallgefahren und mit sonstiger Gefährdung der Gesundheit. Am meisten in die Augen fallend ist die Unfallgefahr, die im Bauberufe wie kaum in einem anderen Berufe besteht. Das Arbeiten in Gruben und Vertiefungen, auf und unter relativ schwachen Gerüsten und Abdeckungen, der Verkehr und Materialtransport auf schmalen Leitern und Laufbrücken, all diese Tätigkeiten sind mit eminenter, dauernder Gefahr verbunden. Hinzu kommt der oft schwierige Transport und die Verarbeitung schwerer Materialien, das Hantieren mit schweren und scharfen Werkzeugen, die immer mehr um sich greifende Einführung der mechanischen Arbeitskraft, der Maschinen.

Im deutschen Baugewerbe sind gegenwärtig rund 1 700 000 Menschen beschäftigt; tagtäglich kommen durchschnittlich 250-260 entschädigungspflichtige Unfälle vor, Unfälle also, die eine zeitweise oder dauernde Schädigung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit zur Folge haben. Durchschnittlich alle zwei bis dreieinhalb Stunden verunglückt im deutschen Baugewerbe ein Bauarbeiter tödlich infolge Berufsunfalls.

Noch schlimmer aber, wenn auch nicht so ins Auge fallend, grassieren in den Reihen der Bauarbeiter jene anderen Würger, die man zum Teil als Gewerbelkrankheiten bezeichnen kann, Sicht und Rheumatismus, Lungen- und Kehlkopfleiden und Magenkrankheiten. Die Gründe für das Auftreten dieser Krankheiten, die meist den Charakter schleichtender Uebel haben, und mit denen sich mancher Bauarbeiter jahrelang hinschleppt, brauchen nicht weit hergeholt zu werden. Sommer und Winter, bei Hitze und Kälte, bei Wind und Wetter hat der Bauarbeiter seine Tätigkeit im Freien auszuüben. Bei anstrengender Arbeit sucht er sich aller irgendwie entbehrlich scheinenden Kleidungsstücke zu entledigen. Mit erhöhtem Körper ist er der Zugluft in den feuchten, offenen Neubauten ausgesetzt. Bei Regenwetter ist er oft genötigt, mit durchnässter oder feuchter Kleidung weiterzuarbeiten. Die zu verarbeitenden Materialien sind meist feucht oder naß; bei manchen anderen Arbeiten hingegen entsteht eine starke Staubentwicklung.

Nach der Krankheitsstatistik des christlichen Bauarbeiterverbandes in den letzten Jahren sind 28 Prozent aller Erkrankungsfälle auf Berufsunfall, mehr als 29 Prozent auf Erkrankungen der Hals- und Atmungsorgane und 15 Prozent auf Sicht und Rheumatismus zurückzuführen.

Nach der Statistik der Todesfälle entfallen 18 Prozent aller Fälle auf Berufsunfall und 46 Prozent auf Krankheiten der Hals- und Atmungsorgane, meist auf die Lungenschwindsucht.

Diese Zahlen sollten unseren Kollegen die Augen öffnen! In nächster Weise sagen sie uns, daß fast der fünfte Teil unserer Kollegen von Berufsunfällen dahingerafft wird, meist in jungen Jahren. Dieselbe Statistik sagt uns auch, daß in den letzten Jahren mehr als die Hälfte der gestorbenen Kollegen vor Erreichung des vierzigsten Lebensjahres ins Grab gesunken ist.

Wer von uns hätte es noch nicht miterlebt, daß einer seiner Kollegen neben ihm plötzlich in die Tiefe stürzte oder von fallenden Gegenständen ge-

über die Vorteile beim Betteln, Hintergehung der Behörden, Täuschung des Publikums usw.

Dort sitzt ein etwa 40jähriger Mann mit russischer Pechmütze auf dem Kopfe. Er kam soeben erst aus der Schweiz an. Er brüht sich, wie er dort die Konjulate um Beträge von 15-20 M. prellte. Er beschreibt die Tricks, die er anwandte, um sich naheinander als Russe, Franzose, Amerikaner usw. aufzuspielen.

Die Schilderungen dieser Helden haben meiner Ansicht nach auf die jungen Zuhörer die Wirkung von Schundliteratur.

Dann trieb es uns nach München. Die Asylanten mußten uns beherbergen. Es war eine Wohltat für uns, dort ein Abendessen, ein Bett und eine Trübsuppe zu erhalten. Ferner leisten eine Anzahl Mönche und Nonnen Großes in der Speisung der Armen.

Um zehn Uhr morgens wurde an verschiedenen Orten Brot verteilt. Um zwölf Uhr wurden bei den Kapuzinern die Armen gespeist, um ein und zwei Uhr wurden noch in anderen Instituten und Hospizen Speisen verabreicht.

Gleich am zweiten Tag meiner Anwesenheit hob die Kassa (Kriminalschutzmannschaft) sämtliche Mittagsgäste eines Klosters aus, zweiundzwanzig Mann. Fast sämtliche erhielten wegen „Landstreicherei“, je nach Vorfragen und Dauer ihrer Arbeitslosigkeit, längere oder kürzere Gefängnisstrafen.

Ah, wie mancher ist auf der Strecke geblieben von denen, die mit mir waren. So mancher junge Bursche, der sich im Gedanken schon ausmalte, wie er später in der Heimat im Kreise der Bekannten seine Strapazen und Abenteuer zum besten geben wollte, er vermochte sich nicht wieder emporzurufen. Das stolze Lustschiff seiner Träume und Hoffnungen, es wurde zu Boden geschmettert von erbarmungslosen Schicksalsschlägen.

So redet das Leben. Das Leben aber fordert Brot, mit Philosophieren über das Problem „Arbeitslosigkeit“ wird es nicht satt.

trossen wurde oder unter Erd- und Schuttmassen oder einstürzenden Gerüsten begraben wurde? Wer hätte es noch nicht erlebt, daß man einen Bruder, einen treuen Freund, einen lieben Kameraden tot oder blutüberströmt oder mit gebrochenen Gliedern schwerverletzt vom Baue oder vom Plage trug?

Welches Elend, welche Not und welcher Jammer werden durch diese Zustände immer wieder hervorgerufen! Gar mancher von uns hat solches schon miterlebt. Wohl jeder wird eine oder mehrere Familien kennen, die ihren Ernährer in der Blüte seiner Jahre verloren haben, oder Familien, wo der Vater siech oder zum Krüppel wurde, wo er, statt für seine Familie Brot schaffen zu können, gepflegt werden muß. Wird eine Familie von solch einem Schlage getroffen, so werden im Nu alle ihre Berechnungen und Hoffnungen über den Haufen geworfen, und häufig zieht die blasse Not ein. Trotz einer kleinen Rente muß man sich einschränken an Wohnung, Nahrung und Kleidung, und die Erziehung und Ausbildung der Kinder kann nicht in der vorgeesehenen Weise erfolgen. Eine so getroffene Familie wird oft bis auf Kind- und Kindeskinde, auf Generationen hinaus geschädigt und geschwächt.

Keinen von uns allen wird der Sensenmann verschonen, und stets wird der Tod seine Ursache haben. Aber, so fragen wir, muß es denn sein, daß Hunderte und Tausende unserer Kollegen im Kaufsache und, vielleicht auch mancher von uns, die wir uns gegenwärtig noch gesund und wohl fühlen, in den besten Jahren, in der Blüte des Lebens dahingerafft werden, dahingerafft durch Berufsunfälle und Berufskrankheiten? Muß es sein, daß immer und immer wieder der Keim zu diesen Krankheiten geholt wird in Ausübung der Berufsarbeit, wo den Kollegen infolge mangelnder Vorkehrungen nicht genügender Schutz gewährt wird gegen Entziehung und Weiterentwicklung dieser Uebel?

Es muß nicht sein, es kann und muß anders werden. Lange schon haben einsichtige Kollegen den Ruf erhoben nach mehr Bauarbeiterschutz. In unserer Presse, auf den Generalversammlungen und in Sonderkonferenzen hat man die Frage erörtert und besprochen. Man hat auf Mittel und Wege gesonnen, um Abhilfe zu schaffen, man hat Eingaben und Vorschläge an die Behörden gemacht, Mahnungen und Warnungen und Aufforderungen zur Mitarbeit an die Kollegenschaft gerichtet. Hier und da hat man auch Erfolge erzielt.

Leben und Gesundheit sind unsere höchsten Güter, so haben wir eingangs gesagt. Und wenn wir die Kollegen nun erneut auf die Wichtigkeit der besseren Wahrnehmung des Schutzes für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter hinweisen und sie auffordern, diesen Fragen mehr noch als bisher ihre Aufmerksamkeit zu widmen, so geschieht es lediglich in ihrem eigenen Interesse. Im Interesse des einzelnen so wohl, wie im Interesse der Gesamtheit. Ist es nicht eine schöne und dankbare Aufgabe, mitzuarbeiten an der Beseitigung so mancher noch bestehenden Mängel? Muß es uns nicht innere Befriedigung und neue Freude an unserem Berufe und an unserer Organisation gewähren, wenn wir dazu beitragen können, manchem Kollegen Gesundheit und Arbeitskraft, mancher Familie den Ernährer zu erhalten?

In der Wahrnehmung und Besserung des Bauarbeiterschutzes müssen wir eine der Hauptaufgaben der Organisation erblicken. Nicht allein dazu haben wir uns die Organisation geschaffen, um alle drei Jahre einen Tarifvertrag abzuschließen und dann in eine Art von Winterschlaf zu sinken. Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind die Hauptaufgaben des Verbandes. Was aber verstehen wir denn unter Arbeitsbedingungen? Sind nicht die wichtigsten davon jene, die sich auf unsere Gesundheit, auf unser körperliches Wohlergehen beziehen?

Also auf zur Arbeit im Interesse des Bauarbeiterschutzes! Auf jeder einzelne, auf in den Verwaltungsstellen und in den Zahlstellen zur Wahrnehmung unserer Interessen! Wenn wir hier und da dieses Gebiet noch etwas vernachlässigt haben, so müssen wir dem Bauarbeiterschutz künftig um so mehr Aufmerksamkeit widmen. Jeder Kollege kann dessen gewiß sein, daß bei seinem Auftreten und Vorgehen zur Wahrnehmung und Besserung des Bauarbeiterschutzes die Organisation hinter ihm steht, und daß er deren Beistand und Schutz in vollem Maße genießt.

Allgemeines

Die Ohnmacht. Als wir unter dieser Überschrift vor einigen Wochen die Ohnmacht der Sozialdemokratie im Reichstage festnagelten und dabei besonders hervorhoben, daß noch kein Reichstag so wenig an praktischer sozialpolitischer Arbeit geleistet habe wie der jetzige, der 111 Sozialdemokraten zu seinen Mitgliedern zählt, da antwortete die sozialdemokratische Presse mit einem lauten Gutgehen. Sie wollte das natürlich nicht wahr haben. Freilich, an den Tatsachen, die wir anführten, konnte sie nicht rütteln. Jetzt nun erleben wir die Genugtuung, daß unser damaliger Artikel von der sozialdemokratischen Presse selbst sachlich vollinhaltlich bestätigt wird. In einem Artikel „Sozialdemokratie und Parla-

ment“ („Meberrheinische Arbeiter-Zeitung“, Nr. 11, 1914) heißt man u. a.:

„Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, daß die Ernte an sogenannten positiven Erfolgen, die die Sozialdemokratie bei der Gesetzesmacherei und bei sonstigen Verhandlungen im Reichstag einheimen kann, immer dürftig bleiben und zunächst auch noch immer dürftiger werden wird, je mehr die Sozialdemokratie erstarbt. Denn je stärker an Zahl die sozialdemokratische Vertretung im Reichstag wird, um so enger schließen sich die bürgerlichen Parteien zusammen, um so ängstlicher werden sie darauf bedacht, auch den Schein zu vermeiden, als ob die Sozialdemokratie irgendetwas durchsetzen könne. Auch diese Erkenntnis darf uns indes nicht abhalten, mit Ernst und Eifer unsere Forderungen bei jeder Vorlage und jeder sonstigen Gelegenheit geltend zu machen.“

Natürlich sind an der parlamentarischen Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien schuld. Das ist so die einfachste Methode, um sich aus einer fatalen Situation herauszuhelfen, daß man immer die „anderen“ als Sündenbock in die Wüste schiebt. Das obige Eingeständnis der politischen Ohnmacht wird die Sozialdemokratie aber nicht hindern, bei nächster Gelegenheit wieder mit vollen Backen ihre Partei als Retter auch aus den parlamentarischen Nöten auszupreisen und auszurufen: je mehr Sozialdemokraten im Reichstag, um so größer die Ernte fürs Volk! Eine Lüge ist's, sie glaubt selber nicht mehr daran.

Der beste Schutz gegen Terrorismus.

In der Sitzung der ersten Kammer des sächsischen Landtages vom 14. Januar d. J. wurde u. a. auch über Arbeitswilligenchutz verhandelt. Der Großindustrielle Dr. phil. Naumann trat der Ansicht entgegen, daß mit einem Verbot des Streikpostens ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen zu erreichen sei. Wen wolle man mit einem solchen Verbot treffen? Die Sozialdemokratie? Man treffe aber die Arbeiterschaft, und diese sei durchaus noch nicht mit der Sozialdemokratie zu identifizieren. Es sei durchaus nicht Aufgabe der Staatsregierung, mit solchen Mitteln in die Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern einzugreifen. Man solle die innerhalb ihrer Führerschaft bereits uneins und dadurch schon morsch werdende Sozialdemokratie, deren Organisation aber immer noch bewundernswert groß sei, dadurch überwinden helfen, daß man die Gegenorganisation, nämlich die Organisation der christlich-sozialen Gewerkschaften, stütze und fördere, soweit es in den gesetzlichen Grenzen möglich sei. Die christlich-sozialen Gewerkschaften stellten sich durchaus auf den Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung.

Es ist zu begrüßen, daß in den Parlamenten solche verständnisvollen Urteile über die Zusammenhänge der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen und über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung im besonderen von Nichtarbeitern öffentlich ausgesprochen werden. Ein Beweis dafür, daß die Aufklärungsarbeit von seiten der christlichen Arbeiterbewegung nicht vergebens gewesen ist.

Simulanten und Sassenmarber.

Diese beiden im Kampfe gegen die Arbeiterschaft häufig gebrauchten Schlagworte haben in der angesehenen „Welt“-Arbeiterzeitung eine Besprechung gefunden, die für uns schon deshalb der Beachtung wert ist, weil sie von den Berufsverhältnissen unseres Gewerbes ausgeht. In Nr. 49, 1913 der „W. A. Z.“ entwickelte ein Bauarbeiter folgende Gedanken:

„Christliche Simulanten wird niemand verteidigen; weil aber der schwere Vorwurf der Simulation ganz allgemein gegen die Bauarbeiter oft erhoben wird, so verlangt es die Gerechtigkeit, den Tatsachen auf den Grund zu gehen. Der Bauarbeiter ist ein Mensch wie die anderen, dessen Körper nicht aus Eisen besteht. Das Arbeiten im Freien zu jeder, auch in der rauhen Jahreszeit, gibt ihn den Witterungsunbilden schulplos preis. Masse Kleider sind alltäglich bei ihm, er beachtet das kaum, darf es auch nicht. Zugluft in offenen Bauten kommt hinzu. Das hält der Körper tage-, vielleicht wochenlang aus; ein junger Mann spürt wohl auch jahrelang keine Folgen, aber diese Folgen kommen bestimmt. Bei großer Familie tut mangelhafte Ernährung ein übriges. Da häufen sich dann die Erkrankungen und bekommen mit der Zeit immer längere Dauer. Das wird jeder natürlich finden, der sich diese Zusammenhänge vergegenwärtigt. Daran fehlt es zumeist bei jenen, die gern über Simulation, das Krankstellen, der Bauarbeiter reden oder schreiben.“

Diese trefflichen Darlegungen macht sich eine in Nr. 4, 1914, der „W. A. Z.“ veröffentlichte Aufschrift eines Malers zu eigen und ergänzt sie hinsichtlich des Malergewerbes. Er sagt:

„Wenn von Angehörigen meines Gewerbes die Krankstellen im Winter häufiger als im Jahresdurchschnitt in Anspruch genommen werden, wie man vielfach behaupten hört, so ist das außer den für die Bauarbeiter genannten Gründen noch auf einen besonderen Umstand zurückzuführen. Bekanntlich leiden die Maler stark unter der Vergiftungsgefahr, welche das von ihnen verarbeitete Material hervorruft. So stellte die bayerische Regierung im Jahre 1911 fest, daß dort 29 Proz. aller Berufsangehörigen an Bleivergiftung leiden. Diese Arbeiter gehören aber einem Gewerbe an, das ihnen nur während der Sommermonate einigermaßen ausreichenden Verdienst gewährt. Fühlt nun der einzelne sich unwohl, so zwingt ihn die Sorge vor der heranrückenden Arbeitslosigkeit des Winters, den Weg zum Arzt so lange aufzuschieben wie eben möglich; er muß so lange arbei-

ten, als das seine Kraft irgend zuläßt. Das aber fördert gerade die Bleivergiftung, denn sie ist nur ungefährlich, wenn sie in ihren ersten Anfängen gründlich bekämpft wird. Geschieht das nicht, so speichert der Körper in den Monaten der Arbeitstätigkeit langsam eine solche Menge des giftigen Metalls auf, die dann plötzlich zur schweren Erkrankung führt. Dieser Zeitpunkt fällt zu meist in den Herbst. Diesen Umstand als Simultanerkrankung zu deuten, beweist Unkenntnis der Berufserhältnisse, manchmal auch Böswilligkeit."

Die Ausführungen zeigen, wie einfach sich sowohl im Bau, als auch im Malergewerbe der Umstand erklärt, daß es im Winter mehr Krankfiebernde gibt, als im Jahresdurchschnitt. Wir sind der "S. A. Z." dankbar dafür, daß sie solch wirksamer Verteidigung der zu Unrecht verächtlichsten Banarbeiterchaft Raum gab und unsere Kollegen vor ferneren Vortwürfen zu bewahren sucht.

Bebel, der Großkapitalist, sollte Zeitungsmeldungen zufolge eine Million Mark Vermögen hinterlassen haben. Diese Feststellung war der sozialdemokratischen Presse sichtlich unangenehm, und sie suchte dieselbe einfach abzuschreiben. Jedenfalls sei das von Bebel hinterlassene Vermögen weit geringer, es betrage in Wirklichkeit noch nicht ein Drittel der behaupteten Summe. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat noch ganz kürzlich im "Vorwärts" ein Demoni des gleichen Inhalts losgelassen. Hierzu wird nun der "Ostpreussischen Zeitung" von "gut unterrichteter Seite" geschrieben: "Die Versuche des 'Vorwärts', das hinterlassene Millionenvermögen Bebels glattweg abzuleugnen, erfahren durch die amtliche Steuereinschätzung Bebels eine eigenartige Beleuchtung. Bebel hat nicht 300 000 M., wie der 'Vorwärts' behauptet, zu Lebzeiten als Vermögen besessen, sondern der Parteiführer der 'Hungernden und Enterteten' zahlte für genau 684 000 M. je 16 Monate gegebenes Vermögen seit dem Jahre 1908 die preussische Vermögenssteuer. Diese nicht hinwegzuleugnende Tatsache liegt schwarz auf weiß in den Akten der Berliner Steuereinschätzungsbehörde."

Staatsegelder für die Arbeitslosenfürsorge. Die Arbeitslosenfürsorge der Gemeinden durch Errichtung von Beschäftigungswerken wird häufig davon abhängig gemacht, daß der Staat den Gemeinden dazu finanzielle Zuschüsse gebe. Weil das bisher in Deutschland noch nirgends geschah, hatten es die Stadtveräter leicht, den Mangel an gutem Willen und sozialer Einsicht zu bemängeln, wo sie die Lösung der Frage ablehnten. Diesem Beispiel folgten die Staatsregierungen, sie beriefen sich auf das Reich. So ist jahrelang mit einer der wichtigsten Fragen ein wenig annütziges Jagdschloß getrieben worden; denn der Fall wurde vom Reich den Bundesstaaten zurückgewiesen mit dem Bemerken, sie möchten die Sache mit den Gemeinden ihres Landes regeln.

In Bayern hat dies Spiel vorläufig ein Ende, dort stellt nun der Staat allen Gemeinden Zuschüsse in Aussicht, wenn sie eine Arbeitslosenversicherung errichten. In dem der Kammer vorgelegten Etat für 1914/15 ist zu diesem Zweck eine Summe angefordert worden. Das ist ein sehr wichtiger Vorgang, weil er die Ueberwindung des weitverbreiteten Irrtums anbahnt, daß öffentliche Mittel für den in Frage stehenden Zweck nicht aufgewendet werden dürfen. Dieser Standpunkt wurde sogar auf dem Dritten Deutschen Arbeiterkongreß von einem Vertreter der "Rechten" Sachverständigen vertreten, wohl um zu zeigen, daß "die Sozialisten" die Gebankengänge des rückwärtigen Unternehmertums gelungener sind als diejenigen der selbständigen Arbeiterbewegung. — Ist die Summe von 75 000 M., welche der bayerische Staat ausgeben will, so hoch auch gering, so wird mit ihrer Bereitstellung doch der Arbeitslosenfürsorge aus Staatsmitteln der Weg geebnet. Das bedeutet den ersten Schritt zur Arbeitslosenversicherung mit Staatskraft von finanziellen Zuschüssen. Darin liegt die grundsätzliche Bedeutung des bayer. Regierungsentwurfs, nicht in der Höhe der angeforderten Summe. Wird sie vom Landtag bewilligt, woran nicht gezweifelt zu werden braucht, so kann Bayern den Ruhm beanspruchen, als erster unter den deutschen Bundesstaaten den Weg schon jahrelang mit der Arbeitslosenfrage getretenen Jagdschloß zwischen Gemeinden, Staat und Reich durch eine grundsätzliche entscheidende Tat ein Ende gemacht zu haben.

Die Vertreter der bayerischen Bürgererschaft aber sind jetzt in der Lage, zu zeigen, daß sie bisher wirklich nur der Menge an finanziellen Zuschüssen am Handeln hinhalteten. Das scheint der Grund zu sein, daß gerade in Bayern die Arbeitslosenversicherung, die sich hier wieder als Träger des sozialpolitischen Wandels zeigt, durch ihre Forderung am heftigsten gegen die Arbeitslosenversicherung wandern lassen. Das ist der selbe Grund, der sich bei uns bei jeder Gelegenheit zeigt. Es ist die Forderung, die sie gemacht haben sich zu regeln, trachten sollten. Aber Selbstlosigkeit und Gerechtigkeitgefühl waren noch nie die Seite dieser Leute, denn in letzter Zeit bei dem blühenden Leben gegen die Arbeiterklasse die unermessliche Ungerechtigkeit abhandeln gelassen zu sein scheint.

Was erst letztere Bundesstaaten dem bayerischen Beispiel folgen, wird auch anderwärts den Weg der Arbeitslosenversicherung des westlichen Lebens abgewandelt werden. Sie werden entweder sich beschließen oder ihre Arbeitsunfähigkeit eingestehen müssen.

Wirtschaftliche Bewegung

Bespart sind: **Obbenauren** (Sperrung über den Bauunternehmer Dufmann wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). **Hamm i. B.** (Sperrung über das Studengeschäft Heinrich Müllers wegen Nichtanerkennung des Tarifs). **Caternberg** (Maurer und Hilfsarbeiter, Sperrung über die Firma Heinrich Bullmann). **Neustadt** (Schwarzwaldb. (Streik der Zimmerer). **Steele** (Sperrung über die Firma Fr. Flud wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages und Maßregelung). **Saffig** (Sperrung über die Firma Florath wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). **Rheintal** (Sperrung über das Platten-Geschäft Gebr. Schiffer wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). **Nachen** (Sperrung über das Plattenlegergeschäft J. H. Numbach wegen Nichtanerkennung des Tarifs). **Neuhammer am Queis** (Streik). **Soran** (Sperrung über die Firma Häusel). **Sagen** (Sperrung über die Firma Gähler). **Sommerfeld** (Sperrung über die Firma Schneider). **Neusalz** (Sperrung über die Firma Jädel). **Irhove** (Sperrung über den Unternehmer Joh. Kostamp wegen Maßregelung). **Gelsenkirchen** (Stienenleger, Sperrung über den Zwischenmeister Jakob Weber). Zugang ist fernzuhalten.

Jahresberichte der Bezirke

Bezirk Posen. Infolge der politischen Spannung und der Geldverknappung lag die Privatbautätigkeit fast ganz darnieder. Nur wenige Orte machten davon eine Ausnahme. Als gut konnte die Bautätigkeit in Schönlanke bezeichnet werden; der große Schulneubau sowie die Genossenschaftsbäckerei gaben den Kollegen bis zum Spätherbst lohnende Arbeit. Auch in Hohenfalka, Kosten, Petzsch, Mejeris und Graustadt war die Bautätigkeit einigermaßen zufriedenstellend. Ganz darnieder lag dieselbe in Dänow, Schneidemühl, Samter, Argenu und Posen. In Posen war in dem vorhergehenden Jahre die Bautätigkeit gut. Eine so große Arbeitslosigkeit wie im Berichtsjahre haben die Bauarbeiter in Posen noch nicht gekannt. Zweimal mußten wir seitens der Organisation dazu Stellung nehmen, und haben Eingaben an den Magistrat gerichtet. Im Spätherbst hob sich plötzlich die Bautätigkeit infolge der durch die Heeresvermehrung erforderlichen Militärbauten. In Posen und Umgegend sind im Berichtsjahr folgende Bauten ausgeführt: 12 Militärbauten, 2 Schulen, 8 Beamtenwohnhäuser, 24 Privatgebäude und 1 Eisenbahndirektionsgebäude. Die Bautätigkeit wird sich in den Orten Posen, Jarotschin, Schrimm, Breschen, Kosten und auch in Hohenfalka im laufenden Jahre lebhaft gestalten, da die in diesen Orten angefangenen Kasernen nebst Nebengebäuden noch fertigzustellen sind. Ferner sind im preussischen Etat größere Summen für öffentliche Bauten in der Provinz Posen für 1914 vorgezogen.

Die schlechte Baukonjunktur war auch wieder ausfallgebend für die Entwicklung unseres Verbandes. Zur Agitation blieb wenig Zeit übrig, da die viele Arbeit, welche die Vorbereitung der Lohnbewegung und die zu führenden Verhandlungen erforderte, uns voll in Anspruch nahm. Trotzdem ist alles aufgeboten worden, um für die Organisation neue Gebiete zu erobern. Neue Ortsgruppen sind jedoch gegründet worden: in Mejeris, Petzsch, Arschitzel, Levis, Gombitz, Tremessen und Jarotschin. Eingegangen ist davon Levis. Die Gesamtmitgliedszahl betrug in den einzelnen Quartalen: 1. Quartal 1913: 1674, 2. Quartal 1913: 1683, 3. Quartal 1913: 1740, 4. Quartal 1913: 1693. Die Mitgliedszahl dürfte sich nach den Angaben der eingegangenen Berechnungen des 4. Quartals noch steigern, so daß die Zahl der Mitglieder dieselbe Höhe aufweist wie voriges Jahr. Dieses Resultat ist wenig zufriedenstellend; schuld daran ist die große Arbeitslosigkeit, die, wie z. B. in Schneidemühl, circa 80-90 Kollegen zwang, die Heimat zu verlassen, um im Westen Deutschlands Arbeit zu suchen.

Die Lohnbewegung war eine allgemeine. In der Provinz sind außer in Petzsch und Mejeris 37 Tarifverträge abgeschlossen, davon haben 10 Staffellohne. Unser Verband ist, soweit der Bezirk Posen in Frage kommt, an 23 Tarifverträgen beteiligt. Davon ist Argenu wieder jener Ort, wo die Arbeitgeber sich weigern, den Tarif anzuerkennen. Außer der allgemeinen Tarifbewegung wurde in Petzsch und Mejeris um die Anerkennung der eingerichteten Lohnsätze ein Kampf geführt. Über den wir schon berichtet haben. Ueber die Resultate der Verhandlungen kann ein Gesamtüberblick noch nicht gegeben werden, da zurzeit die Verhandlungen noch nicht überall abgeschlossen sind.

Eine Menge Arbeit verursachten die sozialen Wahlen. Soweit Berichte eingegangen waren, haben sie für die christliche Arbeiterchaft gute Erfolge gebracht. In Posen hat bei der Wahl der Jungerkrankenkasse 8 Mitglieder und 14 Ersatzleute von uns in den Ausschuss gewählt worden. Die sozialdemokratische Organisation ist in dieser Klasse nicht vertreten. In die Ortskrankenkasse Nr. 9 entsandten wir 5 Mitglieder und 5 Vertreter in den Ausschuss. Das Jungerkrankengericht bezieht unsere Mitglieder gemeinsam mit der politischen Organisation. Auch hier erhielten die sozialdemokratischen Organisationen keinen Sitz. Die Kreiskrankenkasse in Mejeris wurde ebenfalls von unseren Mitgliedern besetzt. In Schneidemühl kamen auf die gemeinsame christliche Liste 5 Mitglieder und 10 Ersatzmänner, auf die sozialdemokratische Liste 5 Mitglieder und 10 Ersatzmänner. In Schmalen kamen auf die christliche Liste 411 Stimmen (21 Vertreter), auf die sozialdemokratische Liste nur 198 Stimmen (9 Vertreter). In Schwoerin 11 christliche Vertreter, 2 laienmännliche und 9 „Genossen“. In Gnesen erhielten wir 16 Mitglieder und 19 Ersatzmänner. Auch in Graustadt folgte die gemeinsame christliche Liste. Das war kurz über diesen Punkt.

Die geringe Regsamkeit sowie die Pünktlichkeit mit der die Mitglieder und die damit verbundene rechtzeitige Zahlung der Beiträge ist in verschiedenen Orten

zu wünschen übrig. Die Kollegen glauben immer, an einen Ort komme es nicht an, und doch hemmen solche unpünktliche Orte den ganzen Betrieb.

Die Tätigkeit des Bezirksleiters war eine ausgedehnte und wurde derselbe vom Kollegen Kinzelt gut unterstützt. Die Kräfte der beiden Angestellten reichten aber dieselbe nicht aus, wo alsdann die Kollegen Rezulat-Oweje Schillert-Schwerin, Ludzinski-Posen, Schulz-Beische, Arbeitersekretär Wöbner-Posen und Wollmann-Schneidemühl mit als Referenten aushelfen mußten. An dieser Stelle sei allen eifrigen Mitarbeitern und Kollegen herzlich gedankt, mit der Bitte, unsere Bestrebungen auch im neuen Jahre mit ganzer Kraft zu unterstützen, damit wir an den Aufgaben gerecht werden können, die an uns herantraten.

Der Bezirksleiter nahm als Referent an 103 Verwaltungsstellen-Versammlungen und 29 Vorstandssitzungen teil. Ferner war er an 3 Hausflur- resp. Frauenmänneritzungen, 15 Baubestimmungsitzungen, 1 Kartellsitzungen, 6 Besprechungen und Sitzungen in anderen Berufen, 28 Kassenrevisionen, 9 Untersuchungen von Beschwerden in der Lohnfrage, 24 Sitzungen mit Arbeitgebern, 5 Amtsgerichtssitzungen, 6 Sitzungen des Einigungsamtes, 2 Gewerbegerichtssitzungen, 8 Lohnkommissionssitzungen und an 6 Baubesprechungen beteiligt. Rechtschutz wurde in 26 Fällen erteilt, wodurch den Kollegen 327,57 M an Lohn gerettet wurden.

Arbeit ist für die Interessen der Kollegen auf allen Gebieten geleistet worden. Wenn trotzdem der erwünschte Erfolg nicht überall erreicht wurde, so soll uns dies nicht mutlos machen, sondern wir wollen gemeinsam auch im neuen Jahre rastlos weiterarbeiten. Wohl ist im Jahre 1913 für eine große Zahl Orte der Lohn bis 1916 durch den Tarifvertrag festgelegt worden, doch gibt es noch viele Orte, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch recht tief liegen, wie in Grätz, Jarotschin, Arschitzel und Tremessen. Die Vorbereitung ist gefordert, auch in diesen Orten einen Tarifvertrag abzuschließen. Schaffen sich die Kollegen starke Organisationen, so kann es in diesem Jahre nicht schwer werden, das Gewünschte zu erreichen.

Recht traurig sieht es auf dem Gebiete des Bauarbeiter-schutzes aus. Die hauspolizeilichen Bestimmungen werden in den meisten kleinen Orten und in den ländlichen Gebieten oft gar nicht beachtet. Die Schutzvorrichtungen fehlen, die Baubuden, die zum Aufenthalt während der Mahlzeiten bestimmt sind, sind mit Baumaterialien vollgepackt usw. Soll es hier besser werden, so muß die Bezirksleitung über die Mißstände sofort in Kenntnis gesetzt werden, welche für Abhilfe sorgen wird. Auch wird gebeten, Bauunfälle sofort an Kollegen Budtbrodt in Köln, Denloerwall Nr. 9, zu melden. Also Arbeit gibt es auf allen Gebieten für die, welche redlich mitarbeiten wollen. Nehmen wir uns ein Beispiel an den Arbeitgebern. Dieselben arbeiten unermüdet daran, alle fernstehenden Unternehmer zu organisieren. Der Arbeitgeberverband in Posen zählt 332 Mitglieder und hat ein Vermögen von 18 000 M, welches als Streikabwehrfonds angelegt ist.

Das neue Jahr bietet uns Aussicht auf reichliche Beschäftigung, da muß die Zeit ausgenutzt werden zu intensiver Werbearbeit. Wenn das auf der ganzen Linie geschieht, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Darum auf an die Arbeit, die geleistet werden muß zur Hebung und Besserung unseres Standes.

Heinrich Müller, Bezirksleiter.
Posen, Schwalbenstraße 10, Telephon 1301.

Verbandsnachrichten

Auerberg. (Verwaltungsstelle.) Am Sonntag, den 1. Februar, fand unsere Generalversammlung statt, zu der auch Kollege Behringer aus Nürnberg erschienen war. Vorsitzender Kollege Weiler eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl. 3. Unsere zukünftigen Aufgaben. Den Jahresbericht gab Vorsitzender Weiler. Die Konjunktur war im ersten Halbjahre ziemlich schlecht, und war ein großer Teil der Kollegen arbeitslos, oder sie mußten in den umliegenden Ortschaften Arbeit suchen. Erst mit Beginn des Neubaus der Artilleriekaserne hob sich die Arbeitslage, so daß Hunderte von Bauarbeitern Beschäftigung fanden. Die „Genossen“ waren da sehr rührig und wußten die Situation auszunutzen, indem sie ihre Leute aus allen Gegenden heranzogen. Von unserer Seite können wir das nicht sagen, und möchten sich da unsere Kollegen ein Beispiel nehmen und dies in Zukunft beherzigen. Die Lohnbewegung fand durch friedliche Einigung ihr Ende, und wurden für Maurer 5 Pf., für Zimmerer 6 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 7 Pf. pro Stunde erreicht, sowie Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine Viertelstunde. Daraus können die Kollegen ersehen, was durch Einigkeit erreicht werden kann. Bei den sozialen Wahlen haben wir gut abgeschnitten, trotzdem die Genossen durch den größtmöglichen Zugang alles versuchten, uns den Sieg streitig zu machen. Die Agitation war ziemlich gut, doch könnte das Resultat noch bedeutend besser sein, wenn alle Kollegen ihre Pflichten hätten. Aufgenommen wurden 156 Kollegen, desgleichen hatten wir 9 Uebertrittige zu verzeichnen. Die Reineinnahme betrug 3467,90 M, der Kassenbestand vom Vorjahre betrug 437,79 M, die Gesamtausgaben 3514,56 M, so daß ein Kassenbestand von 391,13 M verbleibt. An die Zentralkasse wurden gesandt 2182,81 M. An Untersuchungen wurden vorausgibt für Rechtschutz 35,19 M, an Krankenkassenunterstützung 124,60 M, an Sterbeunterstützung 132 M, an Streikunterstützung 29,35 M, insgesamt 321,14 M. Die lokalen Ausgaben betrugen 1010,61 M. Die Neuwahl ergab als Vorsitzenden Bernh. Weiler, als Kassierer Joh. Unger, als Schriftführer Christ. Donhauser und als Revisor Mich. Dittler. Hierauf hielt Kollege Behringer einen Vortrag über unsere zukünftigen Aufgaben. Er führte aus, es möchten alle Kollegen eine

keine Gemüthsberforschung hatten, ob sie ihre Pflichten als Gewerkschaftler erfüllt haben; wenn nicht, so sollen sie bestrebt sein, es in Zukunft besser zu machen. Er wies hin auf den Ausbau des Baubelegierten Systems, die Notwendigkeit der Buchkontrolle auf den Baustellen, und forderte die Kollegen auf, auch die Hausagitation nicht zu vergessen. Zum Schluß wies Kollege Weiler noch auf die Genossen unter sich hin und die Zustände, die eine Verhandlung am königlichen Amtsgericht vor einigen Wochen grell beleuchtet habe. Mühte doch ein Genosse und Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes, der in einer Versammlung die schlimmsten Vorwürfe gegen die Bezirksleitung gemacht hatte, wegen Wahrung berechtigter Interessen freigesprochen werden. Und solche Leute wollen dann als Sittensrichter auftreten, die mehr als genug vor der eigenen Tür zu kehren haben.

Sieburg. Am 25. Januar wurde im „Bayerischen Hof“ unsere Generalversammlung abgehalten. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde der Jahresbericht gegeben, aus dem zu ersehen war, daß im verflossenen Jahre ein reges Verbandsleben in der Zahlstelle herrschte. Den Kassenbericht erstattete Kollege Speich in übersichtlichster Weise. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: erster Vorsitzender Adam Mühlig, zweiter Konrad Thrig; erster Kassierer August Ebieß, zweiter Aug. Wick; erster Schriftführer Adam Weber, zweiter Adam Uebel; Revisoren Georg Christ und Georg Thomas; Kartellbelegierte Aug. Krefß, Joh. Stemmler und Ad. Uebel. Im Punkt Verschiedenes war eine Anzahl Vorträge gestellt, und wurden dieselben alle zur Zufriedenheit der Kollegen erledigt. Wegen der vorgerückten Zeit mußte der Vortrag unseres Kollegen Herr aus Frankfurt zum Teil ausfallen. Er konnte nur kurze Ausführungen über den Stand der Tarifbewegung machen, aus denen zu ersehen war, daß der Vertrag im Baugewerbe bis jetzt noch nicht unterschrieben ist. Darauf schloß der Vorsitzende die Generalversammlung mit der Bitte, fest an dem Ausbau des christlichen Bauarbeiterverbandes mitzuwirken.

Elberfeld. (Verwaltungsstelle.) Am Sonntag, den 5. Januar, fand in Warmen im Lokale Vogel die Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahresbericht. 2. Quartals- und Jahreskassenbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Beratung eines neuen Verwaltungsstellenstatuts. 5. Verschiedenes. Die Versammlung wurde um 2 1/2 Uhr vom Vorsitzenden, Kollegen Deppe, eröffnet. Aus dem Jahresbericht, der schriftlich vorlag, ist folgendes zu entnehmen: Die vorjährige Konferenz umfaßte noch das ganze bergische Land. Im Laufe des Sommers ist's gelungen, wonach man schon seit Jahren bestrebt, die Teilung des Bezirkes durchzuführen, wodurch gute Fortschritte erzielt worden sind. Wenn auch in den beiden Wupperstädten durch die schlechte Konjunktur die Mitgliederzahl zurückgegangen ist, so kann man aber sagen, daß wir im allgemeinen vorangegangen sind. Ganz besonders aber ist die Organisation nach innen befestigt worden, wie aus dem Jahreskassenbericht zu ersehen ist. Die Agitation ist auch in dem verflossenen Jahre sehr intensiv betrieben worden, aber die schlechte Konjunktur hat es nicht ermöglicht, noch in einige Orte einzubringen, wo unsere Organisation noch nicht vertreten ist. Im allgemeinen ist aus den einzelnen Zahlstellen Verhältnissen zu Anfang des Jahres, durch die Lohnbewegung, gelitten haben. Als einzige Zahlstelle, die ihre Mitglieder vermehrt hat, kommt die Zahlstelle Konsof in Frage. Die Zahlstelle Wülfrath entwickelte sich zu Anfang des Frühjahrs gut, ist aber durch den Streik, der im Juni geführt wurde und nicht zur Zufriedenheit der Kollegen verlief, bis auf 15 Kollegen zurückgegangen. In Welsch fehlte es an ruhigen Kollegen, welche in der Agitation mitarbeiten, sonst hätte die Mitgliederzahl gesteigert werden können. Die Zahlstelle Heiligenhaus hatte sich zu Anfang des Jahres auf 18 Mitglieder emporgearbeitet; durch die schlechte Konjunktur waren die meisten Kollegen gezwungen, abzureisen, aber immerhin ist die Zahlstelle erhalten geblieben. In den Zahlstellen der Spezialberufe trat fast keine Veränderung ein.

Das Baubelegierten System läßt noch viel zu wünschen übrig. In diesem Jahre muß es unsere Hauptaufgabe sein, hierin eine Besserung herbeizuführen, denn nur da, wo das Baubelegierten System gepflegt wird, kann von einer Förderung der Organisation die Rede sein. Mit dem Baubelegierten System hängt die Arbeitsvermittlung zusammen, worauf in den Wupperstädten sehr viel Gewicht gelegt werden muß, da hier nur sehr wenig Lehrlinge anzutreffen sind und der Nachwuchs durch zugereiste Kollegen ersetzt wird. Aber auch im Punkte Arbeitsnachweis fehlt es manchen Kollegen an Verständnis, so daß Arbeitslose tage-, ja wochenlang manchmal auf der Straße liegen, ehe sie sich auf dem Bureau melden. Es meldeten sich im vergangenen Jahre 23 Maurer, 17 Hilfsarbeiter, 13 Fliesenleger, 11 Stukkatoren als arbeitslos. Von Unternehmern wurden angefordert: 42 Maurer, 23 Hilfsarbeiter, 7 Fliesenleger, 8 Stukkatoren. Es wurde Arbeit vermittelt: an 31 Maurer, 11 Hilfsarbeiter, 7 Fliesenleger, 4 Stukkatoren. Hieraus ist zu ersehen, daß nicht alle gemeldeten Stellen besetzt werden konnten, darum ist es notwendig, daß sich die Arbeitslosen jeden Tag auf dem Bureau melden.

Aus der Tätigkeit des Beamten ist folgendes zu entnehmen: Der Beamte nahm teil an 85 Versammlungen, davon waren 5 öffentliche, 19 Vorstandssitzungen, 18 Sitzungen zur Beratung der Lohnbewegungen, 16 Verhandlungen, 13 Kartellsitzungen, 17 Sitzungen zur Beratung der sozialen Wahlen, 18 Arbeiterausschusssitzungen, 19 Bezirks- und Verwaltungsstellen-Konferenzen und Vorstandssitzungen, 3 Schlichtungskommissionssitzungen, 4 Einigungsamtssitzungen, 7 Gewerbegerichtsverhandlungen, 5 Konferenzen und machte an 73 Tagen Bautenbesuche.

Die Zahl der Rechtschulfälle ist auch in diesem Jahre wieder zurückgegangen. Es wurde in 25 Fällen Rechtschutz erteilt, 22 schriftlich und 3 mündlich. Ein Selbstgehalt von 26,75 M wurde nachweislich erzielt.

In nur vier Fällen konnte festgestellt werden, wie das Verfahren geendet hat, ob mit oder ohne Erfolg. Es wäre zu wünschen, daß die Kollegen das Ergebnis auf dem Bureau melden, damit am Jahresluß der Nutzen, den die Kollegen durch den Rechtschutz haben, festgestellt werden kann.

Lohnbewegungen sind im vergangenen Jahre geföhrt worden für Maurer, Hilfsarbeiter, Zimmerer, Stukkatoren und Fliesenleger. Von den Lohnbewegungen kann gesagt werden, daß sie unsere Wünsche nicht alle erfüllt haben, aber immerhin sind die Erfolge anerkennenswert und wären sie ohne eine starke Organisation niemals erreicht worden.

Da zu dem Jahresbericht sich keiner zur Diskussion meldete, wurde zu Punkt 2, Quartals- und Jahreskassenbericht, übergegangen. Im vierten Quartal hatte die Zentrale eine Einnahme von 5400,70 M und eine Ausgabe von 2254,46 M, so daß für die Zentralkasse eine Reineinnahme von 3146,24 M verblieb. Die Verwaltungsstellenkasse hatte eine Einnahme von 2275,12 M und eine Ausgabe von 887,33 M, so daß der Verwaltungsstelle ein Bestand von 1387,74 M verbleibt.

Aus dem Jahreskassenbericht geht folgendes hervor: Die Verwaltungsstelle hatte am Schluß des Jahres 1912 807 Mitglieder. Es wurden im Jahre 1913 aufgenommen 175 Mitglieder, zugereist sind 44, Summa 1026. Von diesen sind im Jahre 1913 abgereist 263, ausgeschlossen 10, ausgetreten 11, unbekannter Abgang 100, Summa 383. Es blieben am Schluß des Jahres 1913 642 Mitglieder. Am Schluß der einzelnen Vierteljahre waren vorhanden: 1. Quartal 705, 2. Quartal 692, 3. Quartal 683, 4. Quartal 642; das macht im Jahresdurchschnitt 680,5 Mitglieder.

Die Zahl der geklebten Marken betrug: Eintrittsmarken 174 Stück, Lokalfondsmarken zu 10 Pf. 8621 Stück, Bezirksmarken zu 60 Pf. 1693 Stück, Beitragsmarken 26045 Stück, macht eine Einnahme für Beitragsmarken von 20 158,85 M.

Von den Beitragsmarken entfallen somit auf ein Mitglied im Durchschnitt 38,3 Erück und an geleisteten Wochenbeiträgen im ganzen Jahre 29,65 M. Verrechnet man diese Summe auf 40 Wochen, so entspricht dies einem wöchentlichen Beitrag von 74 Pf. im Durchschnitt.

Die Kassenverhältnisse im Geschäftsjahr 1913 gestalteten sich wie folgt: Die Reineinnahme der Verwaltungsstelle betrug 23 989,82 M. Am Jahresluß 1912 war ein Kassenbestand von 3209 M vorhanden, hiernach Gesamtsumme 27 198,85 M. Die Ausgaben betrugen insgesamt 24 201,20 M. Es bleibt somit ein Kassenbestand von 2997,65 M. Von den Ausgaben sind an die Zentrale gesandt 11 649,54 M. An Unterstützungen sind in den Ausgaben u. a. enthalten: Für Rechtschutz 472,10 M, Unkosten bei Lohnbewegung 474,76 M, Militärunterstützung 33 M, Prozeßkosten 474,86 M, insgesamt 3409 M. Die lokalen Ausgaben betrugen 9142,76 M.

Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender Bernhard Deppe-Warmen, Bruderstraße 8, zweiter Julius Sordh-Elberfeld; erster Kassierer Philipp Wollweber-Elberfeld, Nordstraße 1, zweiter Wilhelm Strecker-Elberfeld; erster Schriftführer Joseph Derichs-Elberfeld, zweiter Christian Fieseler-Warmen; als Beisitzer Heinrich Erlinghäuser-Elberfeld und Friedrich Simon-Warmen; als Kassentevisoren die Kollegen Strecker und Dieblich.

Nachdem in Punkt 4 der Tagesordnung ein Entwurf zu einem neuen Verwaltungsstellenstatut beraten und im allgemeinen die Zustimmung der Delegierten gefunden hatte, wurde beschlossen, am 15. Februar eine außerordentliche Verwaltungsstellenitzung abzuhalten, worin endgültiger Beschluß über die Drucklegung des Verwaltungsstellenstatuts geföhrt werden soll.

Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auf dieser Konferenz der Bauarbeiterchutz behandelt werden sollte und der Sekretär des Bauarbeiterchutzsekretariats, Kollege Butterbrod, einen Vortrag halten möchte.

Nachdem noch vom Kollegen Weinholz einige Punkte über die Agitation und Arbeitsvermittlung behandelt worden waren, wurde die sehr interessant verlaufene Versammlung geschlossen.

Elber. (Ekt. Krupp.) Im Januar fand unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Aus dem Jahresbericht, welchen uns Kollege Nonn gab, entnehmen wir folgendes: Trozdem die Kollegen im Privatbaugewerbe vor der großen Lohnbewegung zu Anfang des Jahres standen und die Ungewißheit über den Ausgang derselben die Gemüter der Kollegen beunruhigte, lagen die Verhältnisse der Kruppischen Kollegen etwas besser. Der Lohn in den Feuerbetrieben stand dem im Privatbaugewerbe gleich. Durch Vorkostigungen haben auch die Kollegen vom Baubetrieb eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde erhalten. Unsere Zahlstelle hätte bessere Fortschritte gemacht, wenn sich alle Kollegen an der Agitation beteiligt hätten, so wie es einige gemacht haben. Im Berichtsjahre fanden 16 Mitgliederversammlungen, eine außerordentliche für den Baubetrieb, 3 Lohnkommissionssitzungen, 10 Vorstandssitzungen und 2 Festkommissionssitzungen statt. Zum Schluß seiner Ausführungen ermahnte Kollege Nonn, die Kollegen möchten besser mit dem Vorstand zusammen arbeiten und nicht alles dem Vorstand und den Vertrauensleuten überlassen. Den Kassenbericht gab Kollege Hohmann. Die Einnahme für das 4. Quartal betrug für verkaufte Beitragsmarken und Eintrittsmarken 1098,85 M. Die Einnahme und Ausgabe für die Verwaltungsstellenkasse betrug 1009,30 M. An Krankenunterstützung wurden 57,65 M gezahlt. Der Zahlstelle verblieb für das nächste Quartal ein Bestand von 157,31 M. Gleichzeitig gab uns Kollege Hohmann den Jahreskassenbericht, dem wir folgendes entnehmen: Die Gesamteinnahme betrug im Jahre 1913 für verkaufte Marken 3549,40 M. An Krankenunterstützung wurden im Laufe des Jahres 343,75 M gezahlt und an Sterbegeld 60 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 353,43 M, bleibt mithin ein Bestand von

157,31 M. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Georg Nonn als erster, Drüke als zweiter Vorsitzender; Wilhelm Hohmann als erster, Hohmut als zweiter Kassierer; Franz Urban als erster, Hierckant als zweiter Schriftführer. Als Kartellbelegierte wurden folgende Kollegen gewählt: Drüke, Hohmut, Rabe und Kempf; als Kassentevisoren die Kollegen Möller, Auth und Wierenfeld; in der Ausschusitzung die Kollegen Nonn und Hohmann. Unter Punkt Verschiedenes wurde unsere nächste Mitgliederversammlung auf Sonntag, den 22. Februar, abends 6 Uhr, festgelegt. Zum Schluß machte uns Kollege Nonn darauf aufmerksam, daß in nächster Zeit die Wahl zur Kruppischen Betriebskassenkasse stattfindet, und bat die Kollegen, wenn es zur Wahl geht, kräftig für unsere gute Sache einzutreten.

Güterlosh. Am 25. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung im Lokale Billing statt. Der Vorsitzende, Kollege Ludw. Ventlage, eröffnete die Versammlung, hieß die Kollegen herzlich willkommen und dankte für deren zahlreiches Erscheinen. Alsdann machte er die Tagesordnung bekannt und übergab die weitere Leitung der Versammlung dem Kollegen Rott aus Herford. In einer kurzen Ansprache erläuterte Kollege Rott die Wichtigkeit der heutigen Tagesordnung für die fernere Entwicklung der Verwaltungsstelle. Die Tagesordnung war folgende: 1. Berlegung der Abrechnung vom 4. Quartal und Erstattung des Jahresberichtes. 2. Vorstandswahl bzw. Erweiterung des Vorstandes. 3. Wahl der Kartellbelegierten, der Kassentevisoren und der Hauskassierer. 4. Festsetzung der Vergütung für den Verwaltungsstellen-, sowie für die Hauskassierer. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. 6. Erhöhung der Lokalfbeiträge. 7. Neuregelung der Mitgliederversammlungen. 8. Verschiedenes. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde vom Kassierer, Kollegen Bürenkemper, verlesen, welcher auch den Jahresbericht erstattete. Nach letzterem betrug die Jahreseinnahme 1213,40 M. Davon wurden an die Zentrale gesandt 901 M.; der Lokalkassenbestand betrug am Schluß des Jahres 93,86 M. Die Mitgliederzahl betrug im Durchschnitt des Jahres 58 gegen 17 im vorhergehenden Jahre. Die gemommene Entwicklung wurde von den Mitgliedern freudig begrüßt und den Vorstandsmittgliedern für ihre Geschäftsführung Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Als 1. Vorsitzender Ludwig Ventlage, als 2. Vorsitzender Heinrich Benialob; als 1. Kassierer Bernhard Bürenkemper, als 2. Kassierer Konrad Beulsteffen; als 1. Schriftführer Anton Bollmeier, als 2. Schriftführer Hermann Droop. Zu Kartellbelegierten wurden die Kollegen Anton Bollmeier und Heinrich Flötto gewählt; Kassentevisoren wurden die Kollegen Wilhelm Tringhaus, Hermann Birkenhede und Heinrich Kleinmeyer. Das Amt eines Hauskassierers wurde von den Kollegen Hermann Droop, Heinrich Flötto, Heinrich Kleinmeyer, Eberhard Grochestrangmann, Ferdinand Bollmeier und Chr. Hahsmann übernommen. Die Vergütung wurde sowohl für den Verwaltungsstellen-, als auch für die Hauskassierer auf 5 Prozent der Einnahme festgelegt. Einmütig wurde beschlossen, den Lokalaufschlag um weitere 5 Pfennig pro Woche zu erhöhen. Als Versammlungstag wurde der letzte Sonntag im Monat beibehalten, jedoch sollen die Versammlungen im Winter nachmittags 2 1/2 Uhr, im Sommer des Morgens um 11 Uhr stattfinden. Im Laufe der Versammlung traten noch drei Kollegen unserem Verbands bei. Kollege Rott gab dann noch einige Aufklärung über die Volksversicherung und ermahnte zum Schluß die Kollegen, wie heute, so zu jeder Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Großloh. Die Tagesordnung unserer am 1. Februar stattgefundenen Generalversammlung enthielt folgende Punkte: 1. Vortrag des Vorsitzenden Joh. Kapolla. 2. Kassenbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Kollege Kapolla referierte über die wirtschaftliche Lage des Baugewerbes und die sich daraus für uns ergebenden Folgen. Die ungünstige Lage wirkte sehr hemmend auf unsere Bestrebungen. Kollege Fuhrmann gab den Kassenbericht, der zur Zufriedenheit der Kollegen ausfiel. In den Vorstand wurde gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Joh. Kapolla, als zweiter Vorsitzender Kollege Karl Rozulla; als Kassierer Kollege Joseph Janocha; als Revisoren die Kollegen Alexander Fuhrmann und Franz Ezerwonka; als Hauskassierer Franz Klesch und als Schriftführer Kollege Franz Schynol.

Riffingen - Schweinfurt (Jahresbericht). Die ein reger wirtschaftlicher Geschäftsgang mit dem Haupterfordernis für eine gute Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation bildet, so schädigend ist für sie die Zeit schlechter Konjunktur. Wenn nun das Jahr 1913 allgemein in Zeichen einer Konjunkturerwartung stand, so hatte darunter das Baugewerbe aus verschiedenen Gründen besonders zu leiden. In den Gebieten, die hier von wieder am meisten betroffen wurden, zählen auch unsere beiden Verwaltungsstellen. Während es in Schweinfurt bei den durchschnittlich 20 Prozent Arbeitslosen noch so leiblich ging, sah es in Riffingen geradezu trostlos aus, als hier seit Februar fast ständig über 90 Prozent der Kollegen arbeitslos waren. In der Umgebung war es nicht besser. Infolgedessen waren deren viele gezwungen, in entfernte Orte zu gehen, um Arbeit und Brot auch für die Familie zu finden. Leider kamen sie als Individuen zurück, trotz regelrechter Uebernehmung. Das neue Jahr scheint uns bessere Arbeitsgelegenheit zu bringen. So sind es in Schweinfurt die in nächster Zeit zu errichtenden Militärbauten, die für längere Zeit Arbeit bieten. Dabei sind aber auch eine ganze Anzahl Privatbauten geplant, was nicht zuletzt auf den Einzug des Militärs zurückzuführen ist. Aber auch in Riffingen sind die Aussichten bedeutend günstiger geworden, da mehrere größere Gebäude geplant sind, darunter ein großes Hotel und das Badehaus. Wenn endlich auch mal die schwierige Bahnfrage gelöst wäre, so gäbe's für einige Jahre wenigstens nochmal Beschäftigung in Fülle. Man weiß aber auch bald nicht mehr, was man zu der gewaltigen Verzögerung sagen soll. Im Laufe des Sommers wandte sich unsere Verwaltungsstelle in dieser Sache auch an das königl. Verkehrsministerium

Diele Dächer
 stelle man her aus Strapazoid. Leicht, sauber, geschmeidig. Prospekt Nr. 612 u. Muster postfrei u. umsonst. A. W. Andernach, Beuel am Rhein.

12. 12. 1913 Aufschuß zum Sterbegeld für ein verstorbenes Mitglied, 11,80 M Streifenunterstützung. Die lokalen Ausgaben betrugen 205,85 M. Als Bestand und in der Lokalfeste verblieben noch 12,02 M. Die Erledigung des letzten Punktes ergab, daß der alte Vorstand einstimmig übergeben wurde. Der Vorstand besteht aus folgenden Kollegen: erster Vorsitzender Peter Wresinski, zweiter W. Müller; erster Kassierer Joseph Nowaczyl, zweiter Mocoel; erster Schriftführer W. Piotrowicz, zweiter von Madoniat. Als Revisoren wurden die Kollegen Antoni Szafarski und Mocoel gewählt. Hauskassierer ist die Stadt ist Kollege Wresinski, für die Umgegend Kollege Müller. Der Vorsitzende, Kollege Wresinski, ermahnte die Kollegen, auch im neuen Jahre treu und fest für die Organisation zu halten. Dem christlichen Verbanden es die Kollegen zu danken, daß der Lohn bis 16 tariflich festgelegt werden konnte. Es ist daher nicht eines jeden Kollegen, unermüßlich zu agitieren, mit die Fernstehenden alle noch gewonnen werden können. Nach einer längeren Aussprache wurde die gutgelaunte Versammlung geschlossen.

Volkerversicherung

Die Volkerversicherungs-Aktiengesellschaft des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes. Die Zahl der bürgerlichen Volkerversicherungsunternehmen ist kürzlich durch die vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband in Hamburg gegründete Volkerversicherungs-Aktiengesellschaft vermehrt worden. Die neue Gesellschaft, die am 14. Dezember d. J. vom Kaiserlichen Aufsichtsamt zum Geschäftsbetriebe zugelassen worden ist, arbeitet auf gemeinnütziger Grundlage. Sie verfügt über ein Kapital von 1 Million Mark und wird Versicherungen bis zum Betrage von 2000 M abschließen. Die Zersplitterung, die dadurch erneut in die bürgerliche Volkerversicherung hineingetragen wird, ist herabzubringen und um so bestreblicher, als gerade der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband s. B. lebhafte für die Gründung der „Deutschen Volkerversicherung“ interessiert. Anstatt gemeinsam mit anderen großen kaufmännischen Verbänden von den Einrichtungen der „Deutschen Volkerversicherung“ Gebrauch zu machen, hat der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband durch die Gründung seiner eigenen Gesellschaft die Stosskraft der bürgerlichen Volkerversicherungs-Gesellschaften gegenüber der sozialdemokratischen „Volkfürsorge“ geschwächt, ohne damit seine Mitglieder irgendwelche beachtlichen Vorteile gegenüber den der „Deutschen Volkerversicherung“ angehörenden kaufmännischen Verbänden erzielt zu haben. Wenn auch in der „Deutschen Handelskraft“, dem Organ des Verbandes, zum Ausdruck gebracht wird, daß sich die eigene Gründung, die Versicherung dem Handlungsgehilfen auf den Leib geschrieben sei, so unterlassen sich doch die Tarife in ihrem Aufbau nicht wesentlich von denen der „Deutschen Volkerversicherung“. Die Versicherungsbedingungen stimmen nahezu wörtlich mit denen der „Deutschen Volkerversicherung“ überein. Diese Übereinstimmung übertrifft die Sonderwünsche der Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen sicherlich ebenso bereitwillig wie den Anregungen der übrigen Angestelltenverbände Rechnung getragen. Die Mitglieder des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes hätten sich also bei Zweifel bei einem Anschluß an die „Deutsche Volkerversicherung“ zum mindesten ebenso gut gehalten, wie bei der eigenen Gründung, ohne das erhebliche Risiko und die Verwaltungskosten tragen zu müssen, die eigene Unternehmen erfordert.

Volkswirtschaftliches und Soziales

Ueber den Arbeitsmarkt im Baugewerbe schreibt „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“:
 Das deutsche Baugewerbe hat eine sehr schwere Stunde hinter sich. Noch sind die Schäden gar nicht abgeheilt, die Kapital und Arbeit aus dem allseitigen Niederklagen der Bauwirtschaft in den beiden letzten Jahren erlitten haben. Wohin man blickt, sieht man einerseits einen starken Mangel an Erträgnissen der Bau- und Terrängengesellschaften, zahllose Zwangsliquidationen von bebauten und unbebauten Grundstücken und unendliche Zusammenbrüche kleinerer und mittlerer Unternehmer, andererseits zeigt sich aber bei der Arbeitererschaft ein bedenkliches Umsichgreifen aller schweren sozialen Schäden, die jede längere Periode gehobener Arbeitslosigkeit im Gefolge hat: Verarmung, Verschuldung, deutliche Spuren langer Entbehrung, Unterernährung, kurzum, alle Gendarmensymptome. Mit großer Sorge sehen die am Baumarkt interessierten Kreise der kommenden Saison entgegen. Wird sie eine Erholung bringen, oder soll sich die Baukrise verschärfen? Die Erleichterung der Geldmarktlage und der fast allseitige kräftigere Hervortretende Bedarf an kleinen und mittleren Wohnungen werden neue Hoffnungen in die Erwartungen vielleicht auch nicht überall in Erfüllung gehen werden, so ist doch anzunehmen, daß einerseits die harte Baukonjunktur entgegensteht und daß vor allem die Lage des Arbeitsmarktes Bauarbeiter im Jahre 1914 ein wesentlich günstigeres Aussehen wird als in den beiden letzten Jahren. Den Monaten September bis Dezember der Jahre 1912-1913 kamen nämlich auf je 100 offene Stellen Bauarbeiter durchschnittlich Arbeitjüngende:

	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Sept.	63,50	134,60	119,85	134,04	100,93	123,92	163,51
Oktober	119,14	135,77	139,70	139,35	141,55	153,50	228,28
November	159,20	243,40	178,15	236,11	206,20	252,70	426,71
Dezember	215,70	330,74	273,79	277,78	266,84	296,31	542,38

Die Anbrangsziffern des Jahres 1913 übertreffen die bisherigen Tageswerte. Man kann angefangen diese

ganz abnorm schlechten Verhältnisse von Angebot und Nachfrage von einer völligen Zerrüttung des Arbeitsmarktes der Bauarbeiter sprechen. Für die einzelnen Berufsgruppen berechneten sich in der eigentlichen Bauzeit folgende Anbrangsziffern:

	1912			1913		
	April	Juli	Sept.	April	Juli	Sept.
Maurer, Bucher	193,09	147,89	181,23	237,05	255,48	265,28
Hilfsmänner und Treppenschauer	123,56	139,81	173,04	242,06	217,40	288,62
Maler und Anstreicher	102,10	123,49	94,83	116,83	148,82	100,78
Glaser aller Art	144,49	114,44	104,58	235,24	160,82	195,12
Uebrigere einschlägige Berufs	264,34	159,50	170,40	375,37	290,51	217,45

Eine derartig starke Ueberlastung des Arbeitsmarktes kann natürlich nicht ohne weiteres durch eine kräftigere Belegung der Baukonjunktur selbst ohne weiteres aus der Welt geschafft werden. Man muß sich immer vergegenwärtigen, daß besonders der städtische Arbeitsmarkt der Bauarbeiter in den letzten Jahren starken Zuzug vom platten Lande erhalten hat und daß auch die Zuwanderung ausländischer Arbeiter einen bedeutenden Umfang annahm. Es ist im letzten Jahre wiederholt darüber gellagt worden, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit unter den deutschen Bauarbeitern sogar zu öffentlichen Bauten wie Bahnhöfen, Kasernen usw. ausländische Arbeiter herangezogen wurden. Solchem sozial- und wirtschaftspolitischen Unverständnis muß natürlich das Handwerk gelegt werden, wenn der deutsche Arbeitsmarkt wieder gesund sein soll.

Soziale Wahlen

1) Krankenkassenvertreterwahlen. Eine im September vorigen Jahres getätigte Vertreterwahl zur allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau wurde von sozialdemokratischer Seite angefochten und für ungültig erklärt. Damals hatten die Sozialdemokraten 22 Vertreter und die christlich-nationalen Versicherten 18 Vertreter erhalten. Bei der Ende Januar erfolgten Neuwahl wurden 7750 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die christlich-nationale Liste 4155 Stimmen und 21 Vertreter, auf die Sozialdemokraten 2475 Stimmen und 13 Vertreter, auf eine Frauenliste 1120 Stimmen und 6 Vertreter. Die Sozialdemokraten haben mithin 9 Vertreter eingebüßt. Dieser Erfolg ihres Wahlprotestes hat bei den Sozialdemokraten zuerst Bestürzung und dann große Mut hervorgerufen, die sich im Schimpfen auf die Gegner Luft macht. — Bei der Ausschußwahl zur Ortskrankenkasse Kierstein erhielten die christlichen Gewerkschaften 304 Stimmen und die Gegner 119 Stimmen. — In Darmstadt wurden abgegeben für die christlich-nationale Liste 1226 Stimmen gleich 14 Vertreter, für die sozialdemokratische Liste 3834 Stimmen gleich 46 Vertreter. Diese Ortskrankenkasse war bisher vollständig in sozialdemokratischem Besitz. — Die Ortskrankenkassenwahl in Worms (Stadt) hatte folgendes Ergebnis: auf die christlich-nationalen Organisationen entfielen 12 Vertreter, während die vereinigten sozialdemokratischen und kirchlich-dunderschen Gewerkschaften 28 Vertreter stellen. — Für die Ortskrankenkasse Worms (Land) waren fünf Listen aufgestellt. Davon erhielten: christlich-nationale Versicherte 6 Vertreter, sozialdemokratische Gewerkschaften 3 Vertreter, kirchlich-dunders 2 Vertreter und die beiden anderen Listen zusammen 9 Vertreter. — Bei der Ausschußwahl zur allgemeinen Ortskrankenkasse Kamen z. i. S. brachten die nationalen Vereinigungen 517 Stimmen auf und stellen 16 Vertreter gegen 1107 sozialdemokratische Stimmen und 24 Vertreter.

Gerichtliches

Allenstein. Eine die ganze organisierte Arbeitererschaft interessierende Angelegenheit wurde am Sonnabend, 3. Januar, vor dem hiesigen Amtsgericht entschieden. Zum besseren Verständnis diene folgendes: Kläger war der Maurer Julius Rudick, Beklagter unser Kollege Kared. Der Kläger, der seit einem Jahre als Anorganisierte hier sein Dasein fristet, fing am 3. November d. J. auf einem Kasernenneubau an zu arbeiten. Von seinen Arbeitskollegen aufgefordert, sein Verbandsbuch vorzuzeigen, erging er sich in allerhand verächtlichen Äußerungen über die Organisation. Infolgedessen kam es am folgenden Tage in der Frühstückspause zu Auseinandersetzungen zwischen den Kollegen und dem Kläger, was den Polier veranlaßte, den Kläger zu entlassen. Kläger beschwerte sich wegen seiner Entlassung beim Unternehmer, der unsere örtliche Leitung hiervon benachrichtigte, und nach einer Aussprache des Unternehmers mit derselben sollte Kläger mittags wieder zur Arbeit gehen. Der Kläger tat dies jedoch nicht, sondern verklagte den obengenannten Kollegen, der ihm nur geraten hatte, sich zu organisieren, da es sonst für ihn unangenehme Folgen haben könnte, auf 60 M Schadenersatz, da, wie der Kläger behauptet, Kared seine Entlassung verursacht habe. Das Amtsgericht Allenstein hat der Klage stattgegeben und den Beklagten verurteilt, an den Kläger 60 M Schadenersatz zu leisten. Nach dem Urteil steht zwar nicht mit Sicherheit fest, daß der Beklagte allein die Entlassung des Klägers bewirkt hat. Aber immerhin habe sich der Beklagte an der Entlassung des Klägers mitschuldige gemacht und sei deswegen für den Schaden des Klägers haftbar. Die Entlassung zu erzwingen, weil der Kläger sich weigerte, der Organisation des Beklagten beizutreten, verstoße gegen die guten Sitten. Auch habe Kläger nicht nötig gehabt, die Arbeit mittags wieder aufzunehmen. Der Ausdruck des Klägers sei gemäß § 326 BGB. gerechtfertigt. So weit der Sachverhalt.

Welcher Qualität der Kläger ist, sei aus folgendem ersichtlich. Derselbe war, wie schon oben erwähnt, bis vor einem Jahre Mitglied unseres Verbandes. Im vorigen Frühjahr wurde derselbe wegen Trunkenheit aus der Arbeit vom Unternehmer entlassen. Darauf meldete er sich auf unserm Bureau als gemahregelt. Die Maß-

regelungsunterstützung wurde ihm in Aussicht gestellt, falls seine Angaben auf Wahrheit beruhten. Als nun seine Kollegen, die bisher mit ihm zusammen gearbeitet hatten, bekundeten, daß er nicht gemahregelt, sondern wegen Trunkenheit zu Recht entlassen worden sei, war es selbstverständlich, daß er Unterstützung nicht erhalten konnte. Trotzdem glaubte er sich unterstützungsberechtigt und versuchte mit roher Gewalt in den Besitz der Unterstützung zu gelangen. Einmal versuchte er durch einen wilden Spektakel, wodurch die ganzen Hausbewohner in Aufregung versetzt wurden, und durch Bedrohung unserer freigestellten Kollegen, seine Unterstützung zu erreichen. Erst als wir die Polizei gegen ihn in Anspruch nehmen wollten, entsetzte er sich unter Drohungen. Wir haben damals in Rücksicht auf seine Familie davon Abstand genommen, Strafantrag wegen Hausfriedensbruch und Bedrohung zu stellen. Noch in der jüngsten Zeit, jedenfalls aus Freude darüber, daß er nun 60 M erhält, hat er in seiner Wohnung alles demoliert, und bei dem Einschlagen der Fensterheiden sich derartig verlegt, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Auch ließ er sich dafür Krankengeld von der Krankenkasse zahlen. Die Kasse hat nun, als sie die Ursache seiner Verletzung erfuhr, ihm das Krankengeld entzogen. Und für derartige Menschen, wie er hier geschildert, fordern unsere Scharmacher noch mehr gesellschaftlichen Schutzes. Diese Gesetze, die heute schon einen Schadenersatz anerkennen, wenn ein organisierter Arbeiter seinen unorganisierten Kollegen den Rat gibt, sich zu organisieren und ihn auf eventuelle unangenehme Folgen hinweist, falls er das nicht tut, sollen nach Ansicht unserer Scharmacher noch verschärft werden. Es ist wirklich eine feine Gesellschaft, die unsere Scharmacher noch mehr schützen wollen. Und wie schnell können auch unsere Gerichte in derartigen Sachen arbeiten. In noch nicht sechs Wochen finden drei Termine statt und wird das Urteil gefällt. Wir hatten vor zwei Jahren eine Beleidigungsfrage gegen einen Unternehmer. Dieselbe hing von Mai bis Oktober, also rund fünf Monate, am Gericht, ehe überhaupt einmal verhandelt wurde. Aber jeder Preuße ist vor dem Gesetze gleich.

Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzuliefern.)

Münster i. W. Am Neubau der Trainkaserne ereignete sich am 7. Februar ein schwerer Bauunfall. Aus der dritten Etage fiel ein Stein unserem Kollegen, dem Bauhilfsarbeiter Jos. Honemann, auf den Kopf und Arm, wobei ihm die Schädeldecke verletzt wurde und er einen Armbruch davontrug. Im bewußtlosen Zustande wurde er nach dem Krankenhaus gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Herrn Karl Kreuzfeldt in Hamburg wurde für eine Abladevorrichtung für die in Mulden oder sonstigen Traggeräten auf den Schultern beförderten Mauersteine unter Nr. 257024 ein Patent erteilt. Die „Sozial-Technik“ schreibt darüber:

„Die Gewohnheit der Steinträger, die in Mulden oder Schulterbreitern getragenen Steine an der Verbrauchsstelle frei von der Schulter herunterzulassen, hat häufig zu Unglücksfällen geführt, so daß über dieses Abladen der Steine ein Polizeiverbot verhängt wurde. Durch den Sturz von der Schulter herab werden die Mauersteine auch häufig durch Bruch beschädigt. Diese Mängel will die neue Abladevorrichtung beheben. Sie besteht aus einer transportablen, Standardgröße, auf welcher eine Kuffe verschiebbar sitzt, die ein Rahmengestell zur Auflage der die Steine enthaltenden Mulde trägt. Die Kuffe ist mit einer durch ein Zahnradgesperre feststellbaren, unter dem Einfluß einer Fußbremse stehenden und durch ein Federwerk das unbelastete Ablagegestell selbsttätig in die Hochlage hebenden Binde verbunden. Die auf die Binde einwirkende Daudbremse und das die Gerabebewegung der Kuffe mit dem belasteten Rahmengestell verhindernde Zahnradgesperre wird gemeinsam von einem Fußhebel bedient, der als einarmiger Hebel mit der Handbremse, als zweiarmer Hebel mit der Sperrklinke des Zahnradgesperres in Verbindung steht, wobei die Verbindung mit der Handbremse so eingerichtet ist, daß diese erst gelockert wird, nachdem die Sperrklinke aus dem Zahnradgesperre ausgehoben worden ist. Dadurch ist die Regelung der Abwärtsbewegung des die Last tragenden Ablagegestells bequem ermöglicht.“

So viele Vorteile die Benutzung einer solchen Abladevorrichtung auch mit sich bringen mag — man denke nur an die vielen Unglücksfälle, die durch das Ueberbordfallen von Steinen verursacht werden —, so glauben wir doch nicht, daß der Erfinder mit seinem Patent bei unseren Bauunternehmern viel Gegenliebe finden und viele Geschäfte machen wird. Wenn man die heutige Intenität der Arbeit und das vielfach übliche Antreiberjoch kennt, und wenn man weiß, daß das Unternehmertum allerorten bemüht ist, die Arbeitskraft einzuführen und zu verbreiten, so wird man wissen, daß man nach dem geflügelten Worte „Zeit ist Geld“ dem Arbeiter nicht die Zeit lassen wird, sich seiner Bürde auf diese etwas umständliche Weise zu entledigen. Der Unfitt des Abwerfens von Lasten könnte am besten durch ein generelles Verbot in den Unfallverhütungsvorschriften ausgewirkt werden.

